

Posener Zeitung.

Siebenundsechziger Jahrgang.

Donnerstag, 31. Dezember

(Erscheint täglich drei Mal.)

Nr. 914.

1874.

Amtliches.

Berlin, 30. Dezbr. Der König hat dem emerit. Lehrer und Kantor Sopart zu Kempen im Kreise Schildberg den Adler der Inhaber des R. Haus-Ordens von Hohenzollern verliehen.

Dem Staatssekretär von Bülow ist der Vorsitz der Prüfungskommission für das diplomatische Examen übertragen worden. Als Examinateure sind, in Folge des Ausscheidens der Professoren, Geb. Regierungsrath Dr. Hellwig und Ober-Trib.-Rath a. D. Dr. Hestler, in die gebaute Kommission berufen: die ord. Prof. an der hiesigen Universität Dr. Wagner und Dr. Giebel. Zugleich ist der Geb. Reg.-Rath von Bülow II. zum Mitgliede der Aufsichtskommission ernannt worden.

Dem Kaufmann Moritz Friedheim zu Berlin ist im Namen des Deutschen Reiches das Exequatur als Konsul der Vereinigten Staaten von Venezuela ertheilt worden.

Bei der Königl. akad. Kunstschule zu Berlin und dem damit verbundenen Seminar für Bildender Lehrer sind der Professor Jacobsthal, die Maler Haendler und Schäffer, sowie der Bildhauer Overis als ord. Lehrer angestellt, dem Oberlehrer Küntzel am Gymnasium in Brieg ist das Präsidat "Professor", den Universitäts-Guts-pächter Krau zu Lissau und Reichenbach zu Neuenkirchen der Charakter als königl. Ober-Amtmann beigelegt, der Königl. Eisenbahn-Bau- und Betrieb-Inspектор Karl Heinrich Bauer zu Frankfurt a. M. in gleicher Eigenschaft nach Fulda versetzt, der Referend. Ilse aus Köln auf Grund der bestandenen großen Staatsprüfung zum Advokaten im Bezirk des königl. Appell. Gerichtshofes zu Köln ernannt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 30. Dezember. Gestern Vormittag fand im Elysée im Beisein des Präsidenten Mac Mahon eine Zusammenkunft von einflussreichen Mitgliedern der verschiedenen Gruppen der Nationalversammlung statt, in welcher man ein Einverständnis hinsichtlich der konstitutionellen Gesetzeswürfe herbeizuführen suchte. Anwesend waren: A. der Präsident Buffet, Duval, der Herzog von Broglie, der Herzog von Audiffret-Pasquier, Leon Say, Chasseloup-Laubat, der Herzog v. Decazes und Chabaud-Latour. Nachmittags fand eine zweite Zusammenkunft statt.

Madrid, 30. Dezember. Der General Martinez Campos, welcher vor längerer Zeit wegen seiner konservativen Tendenzen seine Demission erhielt, hat sich gestern an der Spitze von zwei Battalions in Murviedro (Provinz Valencia) für Don Alfonso von Bourbon erhoben. Die Truppen der Zentrums-Armee haben die Verfolgung der Carlisten eingestellt und sind den Aufständischen entgegenmarschiert.

London, 30. Dezember. In der gestrigen Versammlung von hiesigen Inhabern der Obligationen der äußeren spanischen Schulde wurde die neuerdings von der spanischen Regierung gemachte Proposition, hinsichtlich die Einlösung der drei verfallenen Coupons, angenommen. — Das deutsche Kanonenboot "Albatros" ist in Spithead eingetroffen.

In Cardiff hat gestern eine gemeinschaftliche Verhandlung der Kohlegrubenbesitzer im südlichen Wales und der von 50.000 Arbeitern gewählten Delegirten der Arbeiter stattgefunden. Es wurde indessen eine Einigung nicht erzielt und wird, da die Besitzer eine schiedsrichterliche Entscheidung ablehnten, am 1. Januar eine allgemeine Arbeits-einstellung erfolgen.

Kopenhagen, 30. Dezember. Der Frühzug aus Korsør ist trotz des herrschenden Schneesturmes hier eingetroffen, zur Aufrechterhaltung der regelmäßigen Verbindung jedoch wenig Aussicht vorhanden. Der Verkehr mit Südtirol ist bereits suspendirt und die Verbindung mit Malmö ebenfalls unterbrochen.

Petersburg, 30. Dezember. Die vom Kaiser eingesetzte ministerielle Kommission wird demnächst ihren Bericht in Betreff der höheren Lehranstalten erstellen. Guten Vernehmen nach wird dieselbe eine Einigung nicht erzielt und wird, da die Besitzer eine schiedsrichterliche Entscheidung ablehnen, am 1. Januar eine allgemeine Arbeits-einstellung erfolgen.

Melbourne, 29. Dezember. Von der deutschen Expedition zur Beobachtung des Venus durchgangs auf den Auckland-Inseln ist hier die Mittheilung eingegangen, daß bei der Beobachtung befriedende Resultate erzielt sind.

Brief- und Zeitungsberichte.

DRC. Berlin, 30. Dezember. In Sachen der Nostocker Brigg "Gustav", über welche, wie bereits gemeldet, Verhandlungen im Bundesrat resp. bei der Reichsregierung gepflogen worden sind, soll man, wie uns berichtet wird, sich dahin entschieden haben, an die Regierung des Marstall-Serrano die Forderung zu stellen, die Eigentümer von Schiff und Ladung schadlos zu halten. Ein Einschreiten gegen die Carlisten selbst durch unsere Kriegsschiffe würde nicht nur erfolglos sein, sondern eine Schädigung an den Vorfallen unschuldiger spanischer Bürger zur Folge haben. Ein weiteres Vorgehen aber gegen die Carlisten würde einer Intervention in die spanischen Angelegenheiten gleich zu erachten sein.

Die "Provinzial-Correspondenz" schreibt: Der Reichstag, welcher am 7. Januar wieder zusammentritt, wird vom 8. ab in unmittelbarer Folge noch eine Reihe der wichtigsten Gesetzentwürfe be-

rathen, zunächst vermutlich das Gesetz über den Landsturm, die Vorlage über das Rechnungswesen im Reiche und über die Naturalleistungen für das Heer, sodann den jüngst vorgelegten Entwurf in Betreff der Zivilehe, endlich das Bankgesetz. Die neuen Anträge der Bundesregierungen zu dem Bankgesetz, nach welchem eine Reichsbank gegründet werden und die Preußische Bank mit ihrem Vermögensbestande gegen Entschädigung an das Reich übergeben soll, sind der Kommission des Reichstages bereits mitgetheilt, und dünkt die wesentliche Grundlage für die weiteren Beratungen und Anträge vorsehbar.

— Die "Germ." bringt in der Publication des "Staatsanzeiges" welche wir unter dem Titel "Fürst Bismarck über die Papstwahl" wiedergegeben haben, eine lange Ausführung welche darthut, daß Fürst Bismarck sich durch seine Despatche öffentlich „als Todfeind der katholischen Kirche bekannt habe“, daß die "Germ." jedoch der Machinationen des Reichskanzlers gegen die katholische Kirche lache, da sie ihr auf die Dauer nicht schaden können. Der Schluss lautet wie folgt:

Die Despatche ist vor zwei und einem halben Jahr geschrieben. Gestern wurde sie Fürst Bismarck nicht mehr schreiben. Denn seit einem halben Jahr werden in der Erzbistüme Posen-Gnesen die landeshistöchlichen Rechte ausgeübt von einem päpstlichen Legaten, der von der Staatsregierung nicht anerkannt ist und doch von der Staatsregierung mit Ausübung aller Mittel in seiner Wirksamkeit nicht gehindert werden kann. Und das wird so lange Jahre geschehen, bis die preußische Regierung den Erzbischof Ledochowski wieder als einzig rechtmäßigen Vertreter seiner Erzbistüme anerkennt! Und was die Papstwahl angeht, so wird Bismarck in seiner Eigentümlichkeit Stellung auch nicht eine Spur von Einschluß auf dieselbe haben. Jede Candidatur, die er beginnen sollte, würde eben dadurch schon verdächtig werden, und die wählsenden Cardinale werden ganz sicher jedem anderen Einfluß und Wunsche zugänglicher sein, als dem des Fürsten Bismarck. Ist aber die Wahl gegehrt, so haben die Katholiken Preußens und Deutschlands und der ganzen Welt einen Papst, und sie werden keinen Augenblick anstreben, denselben anzuerkennen und in freudigem Gedenk an ihn zu unterwerfen, einerlei, ob Fürst Bismarck mit vielleicht noch einigen andern Regierungen denselben auch anerkannt oder ihm die Anerkennung versagt. Im letzteren Falle könnten ja wiederum einige äußere Bewirrungen geschaffen werden — die wesentliche Bedeutung eines Papstes zu hindern, liegt gar nicht in Bismarcks Macht, wenn wir Katholiken

Wenn ... aber es giebt ja noch Katholiken, welche zu ihren Regierungen und zum Vaterlande halten. Fällt es schon in Posen, auf diesem kleinen Fleck schwer, die Autorität des päpstlichen Legaten zur Geltung zu bringen, um wie viel schwerer würde ein Papst sich halten können, welchen die Mächte nicht anerkennen, weil seine Wahl materiell oder formell fehlerhaft ist. Nur von diesem Falle spricht Bismarcks-Birkar-Despatche und wir denken, die katholische Laienwelt wird in der Mehrheit den Regierungen beistimmen, denn alle katholischen Gewissen hat der Jesuitismus doch noch nicht gelöscht.

— Es zeugt gerade nicht von besonderer Siegeszuversicht, daß ultramontanerseits fortgesetzt auf allerhand Sulfurs von armen hergerechnet wird. So wollte dieser Tage die ultramontane "Königin Viktoria von England" einen Brief nach Berlin geschrieben haben, um vom weiteren allzu schroffen Vorgehen gegen die kathol. Bischöfe und den Klerus abzurathen; derselbe habe aber leider nichts gefruchtet, da die entgegenstehenden Einflüsse hier mächtiger gewesen seien. Diese Nachricht, welche auf das Bestreben der ultramontanen Presse zurückzuführen ist, Deutschland in seinem Konflikte mit einer herrschsüchtigen Hierarchie als isolirt von den übrigen Mächten darzustellen, entbehrt selbstverständlich jeder thatsächlichen Begründung.

Das "Bayerische Vaterland" läßt in seinen Spalten einen guten Freund" für das Blatt "terminieren" geben. Außer einer Abonnement-Einladung im gewöhnlichen "Vaterland"-Styl bringt das Blatt einen Artikel, Pf. B. unterzeichnet, der die Pflichten der Ultramontanen gegen ihre Organe folgendermaßen präzisiert:

„Das Erste wäre, daß wir Alle es als Ehrensache betrachten, kein ungerechtes Blatt zu halten, in dem ja doch nur unsere Kirche gelästert, unser Vaterland verrathen und verlaufen, Recht und Freiheit des Volkes unterdrückt wird. Es ist ein ganz schlechter Vorwand, daß wir schlechte Blätter der Inserate wegen halten müssen. Wenn wir die Inserate nicht lesen, dann brauchen wir nicht, was in denselben angekündigt wird, und ersparen so unser gutes Geld. Und wenn wir die angekündigten Sachen nicht kaufen, dann werden und müssen die Verkäufer auch unsere Organe suchen und in diese ihre Ankündigungen setzen. Seien wir also die feindlichen liberalen Blätter nicht mehr, so werden wir eben dadurch unsern Blättern Inserate zu und werden für unser gutes Geld nicht täglich verhöhnt und verpönt. Nicht wir wir brauchen die Annونcen, sondern die Annونcen brauchen uns. Das Zweite wäre, daß wir — sei es durch Gründung eines Kreissonds oder durch andere stille Unterstützung — für unser Organ, das "Bayerische Vaterland" eintreten, um so mehr, je mehr es von seinen Feinden verfolgt und auf jede Weise geschädigt wird. Mögen die Freunde des "Bayer. Vaterland" diese Gedanken in Schrift und That noch weiter ausführen und damit dem alten Jahr einen schönen Schluss und dem neuen einen guten Anfang geben!“

Es ließe sich an diesen dringenden Appell manche nützliche Reflexion knüpfen, doch mag das billig unseren Lefern selbst überlassen bleiben. Augenscheinlich beginnen aber selbst für das "Bayer. Vaterland", das eifrigste „unserer Organe“, bereits die Tage, die ihm nicht recht gefallen wollen.

— Der Aussatz des Urtheils im Prozesse Arnim soll, wie man dem "Tgl." mittheilt, nicht unwesentlich mitbedingt worden sein durch einen Brief des Reichskanzlers an den Botschafter, dessen Verlesung in der geheimen Sitzung des Reichstages stattfand. Dieses als Privateigentum des Grafen anerkannte Schriftstück enthält in viel eminenterem Sinne politische Informationen, als irgend einer der bekannt gewordenen Erklasse. Hieraus glaubte das Richterkollegium den

Schlüsse ziehen zu müssen, daß, wenn derartig hervorragende rein amtliche Mittheilungen im Wege des Beibabtriebes in der Diplomatie erfolgen können, es in der That unmöglich sei, genaue Normen für die Anlässlichkeit resp. Nichtamälichkeit eines derartigen Schriftstückes festzustellen. Es könnte daher in dem vorliegenden Fall auch von einem Weiseiteschaffen amlicher Schriftstücke nicht die Rede sein. Die Beleidigung dieser Nachricht wird abzuwarten sein.

— Der Abgeordnete Dr. Simson hat die Weihnachtsfeier einer Reise nach Königsberg benutzt, um seinen Vater, der in diesen Tagen sein 90. Lebensjahr beginnt, zu besuchen. Auch sonst noch feiern unsern alten Parlaments-Präsidenten Beziehungen intimster Art an Königsberg, wo er die schönsten Jahre seines Lebens zugebracht hat. Es ist übrigens bedauert worden, daß Dr. Simson zu wenig in die Plenarberathungen des Reichstages eingreift. Wir hatten, schreibt ein Korrespondent, Geschäftsausordnungs-Debatten von grösster Wichtigkeit, von denen die eine sogar bewirkt, daß Forckenbeck das Präsidium niedergelegt. Eine Simson'sche Declaration würde den Abgeordneten außerordentlich erwünscht gewesen sein, und ebenso hätte der Fall Majunko ganz gewiß durch das Eingreifen Simson's in die Debatte eine recht vorzügliche Beliebung erfahren. Auch bei der Befreiung der Postreformgesetze müssten wir auf eine Simson'sche Kritik der ge-wichtigen Vorslagen verzichten, gewiß zum Schaden der Sache.

— Heute Vormittag fand vor dem Untersuchungsrichter die angekündigte Vernehmung des Chefredakteurs der "Kreuzzeitung", betreffend den Artikel eines Unions-Theologen über die neutrale Ansprache des evangelischen Ober-Kirchenrats an die Geistlichen, statt. Der Strafantrag des Ober-Kirchenrats richtet sich, wie das Blatt schreibt, gegen sehr zahlreiche Stellen des Artikels und bezieht sich auf die §§ 131, 185 und 186. Die beiden letzteren Paragraphen richten sich gegen einfache, d. h. formelle, Beleidigung und gegen Beleidigung durch Behauptung und Verbreitung von nicht erweislich wahren Thatsachen, welche geeignet sind, den Betreffenden in der öffentlichen Meinung herauzuwirken. § 131 lautet folgendermaßen: „Wer erdichtet oder entstellt Thatsachen, wissend, daß sie erdichtet oder entstellt sind. Wer behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatsverhältnisse oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, wobei mit Geldstrafe bis zu 200 Thalern, oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.“ Der Staatsanwalt hat seinerseits noch die §§ 17 und 113 angezogen, von denen der erstere von öffentlichen Auffordrungen zum Angehen eines Widerstandes gegen Aufrechterhaltung von Gewalt gegen die Sache, rechtskräftige Verordnungen und von der Obrigkeit innerhalb ihrer Jurisdicition gewisse Aufforderungen, der zweite von dem Widerstande gegen Vollstreckung von Gesetzen u. s. w. durch Gewalt oder Bedrohung mit Gewalt handelt.

— Löbau, 25. Dezember. Mitte d. M. erstattete hier das Mitglied des Abgeordnetenbauses, Herr v. Lysko wski seinen Wählern einen Bericht über die Thätigkeit der polnischen Fraktion, wobei er sich über die gegenwärtige Lage etwa folgendermaßen aussprach: Die polnischen Abgeordneten würden stets treu die nationalen Rechte der Polen wahren. Je größer aber die Gefahr für die Nationalität, desto größer sei auch die Pflicht, sich zu verteidigen. Es sei also die Aufgabe des Hauses und der Familie, insbesondere der polnischen Mütter, Töchter, polnische Sitte und Sprache zu pflegen und in den Kindern die Liebe zum Vaterland zu erwecken. Pflicht der Männer sei es, sich zu Vereinen, welche die Erhaltung der polnischen Nationalität und des polnischen Besitzes zum Zwecke haben, zu verbinden, polnische Zeitungen zu lesen, um sich aufzuhüften u. c. (1) Dann wäre man getrost in die Zukunft blicken und brauche den Kampf nicht zu fürchten u. c.

Oppeln, 28. Dezember. (Polnische Überläufer.) Einen Gegenstand erneuter Anordnungen bieten die besonders im südlichen Theile Oberschlesiens in großer Zahl vorhandenen polnischen Überläufer. Diesejenigen Überläufer, welche um sich der Militärpolizei im Vaterland zu entziehen, übergetreten sind, werden sich schon aus Verborgnis vor Ausweisung hüten, mit den diesseitigen Strafgesetzen in Kolossal zu gerathen, und sich aus diesem Grunde hier tadellos führen. Indessen daß, ganz abgesehen von den politischen Missetaten, auch schlechtes Gefinde unter diesen Leuten steht, ergiebt die Thatsache, daß in der Strafanstalt zu Ratibor in den letzten 10 Jahren allein 15 russisch-polnische Überläufer 1- bis 12-jährige Zuchthaushäfen verbüßt haben, resp. verbüßt. Die königl. Regierung hat daher, wie die "Schles. Blg." schreibt, gegenwärtig veranlaßt, die lgl. Landratsämter zu einer strikten Beachtung der bestehenden Vorschriften wegen der polnischen Überläufer aufzufordern und zu einer sorgfältigen Kontrolle der Ortspolizeibehörden bezüglich der Durchführung der bestehenden Bestimmungen anzuweisen. Die Erledigungen, welche durch eine Circularverfügung vom Jahre 1872 bezüglich der Kontrolle der polnischen Überläufer nachgelassen sind, bestehen einzig und allein im Begfall der früher eingeführten, alljährlich zu prolongirenden sogenannten Aufenthaltskarten, während die im November 1871 den Landratsämtern mitgetheilten Anordnungen des Herrn Ministers des Innern vom 11. November 1871 und die erlangten Bestimmungen des Königl. Ober-Präsidiums vom 1. März 1872 bezüglich der beim Ober-Präsidium für jeden polnischen Überläufer je nach dessen Lebensstellung, mittelst besonderen Berichts oder in Semesterlisten nachzuführenden Erlaubnis zum diesseitigen Aufenthalt, sowie bezüglich der Kontrolle dieser Ausländer nach wie vor fortbestehen, um sie, falls ihr gefährlich erweist, ohne Weiteres über die Landesgrenze zu schaffen. Beküftige Ausführung dieser Bestimmungen sind die Landratsämter veranlaßt worden, 1) sorgfältige Recherchen darüber anzustellen, ob die im Kreisgebiete mit Legitimationsscheinen versehenen Ausländer auf diese schreibende keinen Bezug — die vorgeschriebene Oberpräsidial-Erlaubnis — haben, und verneinten Fälle die Erlaubnis und war für die dem Arbeitervadle angehörigen Individuen nach dem schon erwähnten Oberpräsidial-Erlasse im künftigen Monat zu erbitten, insofern die Verbütlisse unter Beachtung der bestehenden Vorschriften den Antrag gestatten, event. sind die Übergetretenen über die Grenze zurückzuweisen resp. zurückzufassen; 2) sind die geeigneten Anordnungen zu treffen, damit eine fortlaufende und genaue Kontrolle der Beaufsichtigung der betr. Ausländer seitens der Ortspolizei-Behörden gesichert bleibt. Hervorzuheben ist hierbei endlich, daß die Grundlage über die Behandlung der russisch-polnischen Unterthanen durchgängig für die Behandlung aller Ausländer polnischer Nationalität, also nemlich auch der österreichisch-galizischen Unterthanen zur Anwendung zu bringen sind. Es ist selbstverständlich, daß mit diesen Anordnungen eine Schädigung der industriellen Interessen durch Schwächung der Arbeiterscharen nicht herbeigeführt werden soll, sondern, daß es sich

dien handelt, deren Verbleiben dem Strafgerichtsgericht so auch den sein kann.

unseren evangelischen Geistlichen ist, hat auch wieder der Pastor sen. Derselbe konnte sich mit dem

freunden und schlug dem Konsistorium

wurde ihm gestattet. Hiermit nicht zufrie-

derhaberliche Geistliche vom Konsistorium noch die

sozietät gewesenen Ausdrücke in seiner, und nicht in der

Konsistorium acceptirten Interpretation gebrauchen zu dürfen.

Lese von einer Art Gründungsunterschrift eingebogene Ansinnen, das

implizite die Förderung der moralischen Adbankung enthielt, blieb der

kirchlichen Behörde natürlich nichts Anderes übrig, als die Suspension.

Wie wir nun aber der "Kielner Zeitung" entnehmen, hat Herr Biese

dem Konsistorium in Kiel nachträglich die Erklärung abgegeben,

dass er dessen Anordnungen in Betreff des Traumformulars und der kirch-

lichen Bekanntigung bei Trauungen befolgen werde, und hat das

Konsistorium daran die verfügte Amtssuspension wieder aufgehoben.

Dieser Biese wird seinen Standpunkt als unhalbar erkannt

haben, nachdem seine vollständige Isolirtheit sich klar gesellt habe.

Wir wissen wohl, dass Herr Biese viele Sympathien in den Kreisen

der Schleswig-holsteinischen Geistlichkeit hat, aber sie waren nicht im

Stande, irgend einen Geistlichen zu bewegen, dem Befehl des Herrn

Biese mit der That zu folgen. Man kann sagen, die ganze Angelegen-

heit habe viel Karriere am Nichts gebracht, indem glauben wir nicht,

dass diese Ansicht zutreffend ist. Die öffentliche Diskussion des Gegen-

standes und die ganze Entwicklung der Sache hat sehr viel zur Klä-

erung beigetragen, ihr Ausgang hat die wiederholte von uns ausges-

chreitete Ansicht bestätigt, dass in Schleswig-Holstein Staat und Kirche

in Freien miteinander bleibenden werden.

Wenn derselbe nur kein fauler ist.

Aus der Prov. Sachsen, 28. Dezember. Bekanntlich wurde vor einiger Zeit der Konziliariats- und Oberpfarrer Dr. Arndt durch Beschluss des Konsistoriums zu Magdeburg von seiner Stellung als Superintendent der Grafschaft Stolberg-Wernigerode abgesetzt, weil er bei seiner Leitung der am 30. Juni d. J. in Wernigerode stattgehabten Kreissynode einer bestimmten Besprechung des Oberkirchenrats entgegen gehandelt hatte. Jetzt vernimmt man, dass Herr Arndt auch von dem Amt eines Kreisbaumeisters der Grafschaft entbunden worden ist. Aus dem größlichen Konsistorium ist derselbe freiwillig ausgeschieden.

Dresden, 28. Dezember. Wir theilten vor einiger Zeit aus den "Preussischen Jahrbüchern" sächsische Entwicklungen mit. Dieselben wurden vielfach dementirt, doch halten die "Preussischen Jahrbücher" im Dezember-Heft die Richtigkeit der von ihnen mitgetheilten Thatsachen vollkommen aufrecht, indem sie schreiben:

Die gerechte und wohlwollende, doch leider wenig schmeichelhafte Schilderung der sächsischen Zustände, welche unter Novemberbericht brachte, hat, wie wir vorausahmen, einen Sturm der Entrüstung auf der ganzen Linie des deutschen Partikularismus und endlich, wie wir ebenfalls erwarteten, offizielle Dementien hervorgerufen. Dem gegenüber erklärten wir einfach, dass wir alle irgend wesentlichen Mittheilungen ihres Aussages, als völlig zuverlässig und auch den besten Quellen entsprungen, durchaus vollkommen aufrechterhalten. Sächsische Blätter haben bereits eine lange Reihe deutschfeindlicher Sachen, Lebendige und Tode, des Verfassers bezeichnet, in der harmlosen Erwartung, dass die Gezählten oder ihre Erben sich darüber verwahren und der Verdacht sicherlich irgendwo aufgestellt hätte. Erfreulicherweise ist bisher nur einer der also Bezeichneten in diese Falle gegangen. Wir aber kennen zu wohl die heinen Künste, wodurch man schriftstellerisch politischen Körfern das Leben in den unangenehmen Kerten dieses Berichts zu verleben weiß; wir sind nicht gelungen der partikularistischen Nachkunft die Kähnen ihres Opfers zu zeigen. Der Verfasser wird seine durch trügerische Gründe gerechtfertigte Anonymität bewahren, und wir übernehmen die volle Verantwortung für seine lehrreiche und zeitgemäße Arbeit.

Paris. In Sachen der Mitwirkung des Grafen Arnim am "Guru Thiers" im Mai d. J. schreibt die pariser "Republique" anlässlich der ableugnenden Erklärungen des ehemaligen Verteidigers im Gespräch mit englischen und amerikanischen Interviewern:

Graf Arnim, so sagt man, versichert, dass er nie an irgend einer Partei gegen Herrn Thiers theilgenommen habe. Aber wer spricht dann auch von Intrigen? Eine in einem Salon nachlässig hingeworfene Phrase genügt vollkommen, dass die Anhänger der Sache den Unentschlossenen in die Ohren raunten: "Wir sind ermächtigt, Ihnen zu sagen, dass die deutsche Regierung auf die Erhaltung des Herrn Thiers keinen Werth legt." Was unsere Gewissheit, diesen Punkt bestreitend, vollständig macht, das ist unsere Überzeugung, dass ohne etwas Verdecktes die Unentschiedenen, welche die Majorität vom 22. Mai ver vollständigten, nie den Mut gehabt haben würden, die Regierung zu kritisieren, welche mit Deutschland unterhandelt habe. Wer Herrn Thiers gefürstet hat, das ist nicht Barrot, wie einige faule Presseblätter Graf Arnim."

Die Monarchisten werfen den Republikanern einen Mangel an Patriotismus vor, weil sie für diejenige Regierungsform wirken, die nach dem Urteil des Fürsten Bismarck die politische Erstarkung Frankreichs hinterhält und den Deutschen daher die günstigste sei. Das radikale Blatt rächt sich nun, indem es den Monarchisten nachfragt, dass sie für ihr Vergehen gegen das mißliebige Staatsoberhaupt die Genehmigung des deutschen Botschafters abgewartet und mit dem Grafen Arnim unter einer Decke gesteckt hätten.

Von der spanisch-französischen Grenze, 26. Dez., schreibt der Kriegsrespondent der "Nat. Zeitg." in Sachen der verunglückten Mecklenburger Brigg "Gustav" weiter Folgendes:

"Von San Sebastian erhalten wir soeben weitere Nachrichten über das Schiff der deutschen Brigg "Gustav". Wir hatten erwähnt, dass die Karliten durch Gewebefuer Kapitän und Mannschaft gehindert hatten, sich zu dem gestrandeten Schiff zu begeben. In Folge dessen hatte Kapitän Zeplin am 12. d. M. einen Kommandeur nach Barcau gesandt und schließlich die Erlaubnis erhalten, sein Schiff befreien zu dürfen. Als er am 13. Morgens nach Barcau kam, fand er Karliten und Einwohner der Stadt mit dem Löschboot der Ladung (1200 Tonnen und 400 Fässer Petroleum) beschäftigt. Die mündlichen Vorstellungen halfen natürlich nichts; er hat im Folge dessen in einem längeren Schreiben dagegen protestiert und diesen Protest auch den Eigenheimern der Ladung, einzigen Kaufleuten in San Sebastian, überliefert. Dass die Karliten sich durch diesen Protest nicht abhalten ließen, das Schiff weiter zu zuladen und die Ladung mit Beifall zu beladen, geht aus dem Berichte des Kommandanten vom spanischen Kommandeur Nr. III. hervor. Da die deutschen Kriegsschiffe von den spanischen Geistlichen verlassen haben, ohne nur eine Ahnung von der Notwendigkeit unserer Kaufleute zu haben, so beschloss der Marine-Kommandant von San Sebastian, am 20. d. Mts. dass keine Kanonenboot Nr. III., dessen wir schon vor einigen Monaten erwähnt haben, in die Nähe von Barcau zu senden, um zu konstatiren, in welchem Zustande sich der "Gustav" befindet. Sonntag Morgens lief der Kommandeur Nr. III. von San Sebastian aus und kehrte Nachmittags in diesen Hafen zurück. Der Kapitän berichtete, dass der "Gustav" sehr tief in den Sand gefahren wäre und vollkommen feststehe. Er konnte ihn nur als Wrack bezeichnen, jedoch nicht angeben, ob das Schiff auch einen Leck hatte. Dagegen berichtete

er von einer großen Menge Karliten, welche trotz des Sonntags eifrig beschäftigt waren, die Ladung zu lösen. Er brachte auch die ersten genauen Nachrichten über das Resultat der dreitündigen Beleidigung des "Gustav". Kapitän Zeplin ist oberhalb des rechten Knies ganz leicht gestreift, dem Steuermann hat eine Kugel den Hut durchbohrt.

Sämtliche französischen Zeitungen hatten ein Telegramm gebracht, nach welchem die deutschen Kanonenboote "Antilus" und "Abras" telegraphisch beauftragt waren, für den der deutschen Flagge gehaltenen Schimpf Genugthuung zu fordern. In San Sebastian herrsche bei Deutschen und Spaniern grosse Freude über diese Nachricht, man erwartete jeden Augenblick die Ankunft der deutschen Kriegsschiffe mit dem Brat des "Gustav" oder doch wenigstens mit seiner Mannschaft. Stattdessen lief nach zwei Tagen (das Postschiff war des Wetters wegen wieder einmal ausgeblichen) die Nachricht ein, dass die obige telegraphische Mitteilung nicht auf Wahrheit beruhe. Die Läusigkeit war bitter, der "Diario de San Sebastian" stellte sogar am Schluss der Erzählung des Schiffbruchs des "Gustav" die Frage auf, was eigentlich wohl die deutschen Kriegsschiffe an der spanischen Nordküste gewollt haben, wenn sie nicht da sind, wo es sich um bedeutende deutsche Interessen und um Rückung eines der deutschen Flagge gehaltenen Schimpfes handelt. Das ist denn doch zu weit gegangen. Einst kannte man es wohl nicht als einen Schimpf bezeichneten, der der deutschen Flagge angethan ist, denn die Karliten können doch nur als Räuberbanden betrachtet werden, und Räuber können keine Flaggen beschimpfen. Auf die Frage, was die deutschen Schiffe gewollt haben, können wir antworten: sie haben die deutschen Interessen während ihrer Anwesenheit vollkommen geschützt. Die Karliten haben es nach der einmal bei Guetaria empfangenen Faktion nicht mehr gewagt, deutschen Reichsbürger Utrecht zu thun. Jetzt war es aber seit lange bekannt, dass die deutschen Kanonenboote die spanischen Gewässer verlassen würden, und die Karliten haben sicher geglaubt, dass dies schon geschehen wäre. Leider bat der Sturm verhindert, dass irgend eine Nachricht von dem Weisegeschick des "Gustav" an Kapitän Zembisch gelange."

Roma, 28. Dec. Bekanntlich hat der Papst am vorigen Montag im Konsistorium eine Allocution gehalten. Die Blätter berichten nun mehr Näheres über dieselbe. Vor allen Dingen fällt auf, dass diese neueste vatikanische Exposition durchgehends geschäftlich gehalten ist und die früher so beliebten festlichen Aussätze vermissen lässt. Der einzige Passus von speziellerer Beziehung auf die gegenwärtige Lage lautet wie folgt:

Bei allen Stürmen ist unsere Hoffnung, ehrwürdige Brüder, fest auf Gott gegründet. Denn die Sache, welche wir vertreten, ist Gottes Sache, und wenn uns auch von dem glorreichen Meister Unterdrückung in dieser Welt angedeutet worden ist, so verlässt er doch nicht diejenigen, welche auf ihn hoffen, und hat verheißen, dass er bis zum Ende der Welt bei uns seiwerde. Ist es doch das Werk seines göttlichen M. G., dass bis auf den heutigen Tag so viel Befreiung als auch Priester und Laien in Deutschland, in der Schweiz, im Orient und in Amerika bewunderungswürdige Beispiele von Befreiung, Eifer, unbesiegbarem Glauben und Geduld zum Nahme der Religion gegeben haben."

Moskau. Bei Gelegenheit der Einweihung der umgebauten serbischen Kirche hat der Präsident des slawischen Wohlthätigkeits-Komitees, Dr. P. Bogodin, nach der "M. Z." folgende Tischrede gehalten:

"Wir hatten das Glück, bei Einweihung der zum serbischen Hof gehörigen Kirche zujagen zu sein. Wir beteten für Se. Maj. unseres Herrn und Kaiser Alexander Nikolajewitsch von Russland, den geborenen Schutzherrn aller slawischen Stämme und zugleich für den jungen Fürsten Milan, der auf dem Thron von Serbien sitzt; für den Metropolitan von Moskau und für den von Serbien. Wir gedachten des seligen Kaisers Nikolai, der das Schicksal der Slaven bis an seinen Tod im Herzen hing und den ersten russischen Kaiser, und seines Sohnes, die ihrem Vaterland große Dienste geleistet haben. Wir beteten für die orthodoxe Kirche, für die Einigung Alter. Das ist unser russischer, moskauischer Papst am ius. ein geistiger, vereinfachter und stiller Panislamismus. Wir wünschen dem preussischen Bangernquist, dem sardinischen Panislamismus, meinetwegen selbst dem französischen Panislamismus allen Erfolg und halten für den Erfolg des russischen moskauischen Panislamismus den Gedanken einer geistigen Vereinigung alter Slaven, ohne Rücksicht auf die Verschiedenheit der Staaten, zu denen sie nach dem Willen des Schicksals gehören, ohne Rücksicht auf die Konfession, zu der sie zählen. Die Aufgabe unseres Wohlthätigkeits-Komitees besteht eben in der, je nach Mitteln und Kräften möglich, großen Verbreitung und Verfestigung des Gedankens ihrer Einheit nach Herzlichkeit und Sprache unter ihnen, der Notwendigkeit der Vereinigung und gegenseitigen Unterstützung zu beiderseitigem Nutzen, zu beiderseitigem Gedanken. So mögen denn die Serben und Bulgaren, die Polen und Russen, die Griechen und Matrenen, die Kroaten und Slowaken, die Slowen und Isthernagoren, Katholiken und Protestanten, Orthodoxe und Nichtorthodoxe leben und blühen und einander lieb haben. Ich bringe das Wohl des serbischen Fürsten Milan aus! Shivo!"

Konstantinopel, 10. Dez. Die Nachrichten aus den kleinasiatischen Provinzen Angora und Konia werden immer schrecklicher. Es sind dort nicht weniger als 2,300,000 Haupt-Büch und Pferde, außerdem auch 528,000 Ziegen von jener Rasse gefallen, deren Haare als ein bedeutender Handelsartikel bekannt sind. Die Ursache ist ausschließlich Futtermanie, nicht Epidemie. In der Umgegend von Angora waren gegen 20,000 Menschen umher, welche die Verzehr ihrer Heimat verloren haben, um Nahrung zu suchen. Sie leben momentan von Wurzeln und überwintern in Schäfchällen. Der neue Provinzial-Gouverneur soll sich zwar in der Bekämpfung des Ends sehr energisch erweisen, allein von Konstantinopel her nicht recht unterstützt werden. Die von der Regierung eingesetzte Untersuchungs-Kommission hatte berichtet, es wären mindestens 2,400,000 Kilogramm Saatgetreide und 10,000 Paar Stiere nötig, um der Landwirtschaft wieder aufzuhelfen. Der Gouverneur stieg hinzu, diese Hilfe müsse aber spätestens in 20 bis 30 Tagen eingetroffen sein, es sei sonst zu spät für die Bestellung der Felder. Trotz alledem ist bisher von Seiten der Regierung noch keine Unterstützung geworden; nur die Sultanin-Mutter lässt in den europäischen Provinzen große Heerden von Kindern ankaufen, um sie den Notleidenden zu senden. Zwar liegen 40,000 Kilogramme Getreide im Hafen von Konstantinopel bereit verladen, allein nicht auf Dampf, sondern Segelschiffen, und diese vermögen wegen Mangels günstiger Winde nicht auszulaufen. — Trotz alledem bleibt der Sultan bei seinen kostspieligen Spektakeln. So hat das Ministerium des kaiserlichen Hauses tatsächlich für den nächsten Monat die Ausgabe der ersten 2 Millionen Francs zum Bau der großen 5-Millionen-Moschee, welche der Sultan in Konstantinopel aufführen lässt, angekündigt. — Der Großvezier Hussein-Avni-Pascha hat dem Sultan über die Armeefrage berichtet. Aus dem Bericht geht hervor, dass die numerische Stärke der türkischen Truppen im Frieden gegenwärtig 112,874 Offiziere und Soldaten und 29,650 Pferde beträgt. Sie kann durch die erste Augmentation auf 199,155 Mann und 54,532 Pferde verstärkt werden. Die Artillerie zählt 2184 Geschütze (!!) und 84 Mitrailleuse. Hinter der Feldarmee stehen 500,000 bis 600,000 Reserve (Rebells), in besonderen Truppensorten formiert. Man erhielt dann gegen 800,000 Mann reguläre Truppen, die asiatischen Provinzen sollen gegen 50,000 Mann

irreguläre Truppen stellen, Albanien und Bosnien überdies eine große Anzahl lästiger Bergschäben. Die Artillerie ist nach preußischem Muster reorganisiert, in der Reiterei das preußische Reglement eingeführt worden, dagegen bestehen für die Infanterie noch die französischen Formen, dieselben sollen jedoch auch den preußischen Platz machen.

Der jüngste Minister wechselte war kein Sieg der großherzoglichen Serbopone. Auch das neue Kabinett Burmisch lässt sich zu keinen unbefriedigenden Kundgebungen gegen die Pforte drängen. Die früheren Minister traten zurück, weil die Adressen, mit welcher die Thronrede beantwortet und der Türke der Zehdehandschuh hingeworfen werden sollte, von der Skupstchina mit nur drei Stimmen Majorität abgelehnt worden waren. Der wichtigste Wortgruss jenes Abgeordneten lautete folgendermaßen:

Leider hat sich die Skupstchina überzeugen müssen, dass man in Konstantinopel, wohin sich Fürst Milan persönlich begeben hatte, nicht willens ist, die feierlichen Verträge zu achten, welche von so viel Sultanen beschlossen sind, und dass man den versprochenen Rechten und den eingegangenen Verpflichtungen keine Rechnung tragen will. Unsere Stammgenossen, die im Laufe der Jahrhunderte unter Unglück getrieben haben, sind erstaunt über unsere Loyalität gegen die Türkei und geniegen doch selber noch nicht die Rechte eines Volkes, ja, nicht einmal die allgemeinen Menschenrechte. Und was noch wichtiger ist, man hat in Konstantinopel nicht einmal die unbedeutende Frage von Klein-Zwischen erledigen wollen, trotz der in dieser Beziehung eingegangenen feierlichen Verpflichtung. Das serbische Volk muss aus allem diesem zu seinem Bedauern den Schluss ziehen, dass die Türke fortfärbt, sich nicht auf die Verträge, sondern auf die Gewalt zu stützen, und dass die Fortentwicklung Serbiens von schweren Gefahren bedroht ist, wenn unsere Diplomatie sich auf Versprechungen und auf den guten Willen der türkischen Staatsmänner verlässt. Dagegen hat die Skupstchina mit lebhaftester Begeisterung erfahren, dass das rumänische Volk seine Regierung den größten Werth darauf legen, zu Serbien in guten Beziehungen zu stehen. Die Sammlung aller unserer nationalen Kraft und dieselbe Haltung, wie sie die Rumänen zeigen, welche dieselben Interessen, dieselben Besitzungen haben und denselben Gefahren ausgesetzt sind: das ist die einzige nationale Politik, von welcher die Skupstchina das Heil erwartet nicht allein für das serbische Volk, sondern für alle Rumänen, die unsere Nachbarn sind und derselben Zukunft, wie wir, entgegenziehen. Auf diesem Wege wird die Skupstchina Ew. Hoheit stets mit Begeisterung folgen.

Das Kabinett Marinovits sah in der schwachen Stimmenmehrheit, welche auf seine Seite getreten war, keine genügende Bürgschaft, dass die Flammen nicht doch irgendwo anders ausbrechen könnten, und überließ es dem Fürsten, sich andere Feuerwehrmänner zu wählen, welche den inneren Brand, der die Seelen der Skupstchina verzehrt, wenn nicht zu löschen, so doch niederzuhalten vermöchten.

Newyork, 11. Dezember. Ueber die den südstaatlichen Wirren gegenüber verfolgte Politik der washingtoner Regierung äußert sich die newyorker "Handels-Zeitung":

Wer mit der trübseligen Geschichte des reichen, aber durch die radikale Polizei-Politik zu Grunde gerichteten südlichen Hauptstaates in den letzten Jahren bekannt ist, der wird schwerlich geneigt sein, der Darstellung der Wirren Louisiana in der Botschaft des Präsidenten Grant mehr als von Werth einer advokativen ex parte-Bertheiligung der Maßnahmen der Executive zuzugestehen, um so weniger als im Augenblick wieder die politische Lage in diesem Staate aus denselben Ursachen, welche ihrer Verwirrung seit dem Jahre 1872 zu Grunde gelegen haben, einen höchst bedrohlichen Charakter annimmt. Das ausdrückliche Befürworten, das es unmöglich aussieht, zu sagen, wer bei den Wahlen von 1872 gewählt worden, bestimmt dem Argumente, dass es die Pflicht der Bundes-Executive gewesen sei, demnach gleichzeitig jedes Rechtsblattes entbehrende de facto-Regierung anzuerkennen, seine Kraft. Die Erhebung der Bevölkerung von New-Orleans im September d. J. als den Aufruhr eines "bewaffneten Pöbelhauses" zu kennzeichnen, erscheint als der Executive einer souveränen Nation unwürdige Parteinahme. In gleichem Richte stellt sich für den der radikalen Partei-Majorität Kundigen die Darstellung der angeblichen Verkürzung des Stimmberechts der Farbigen in anderen Südstaaten und die darauf begründete Bezugnahme auf die Politik der Aufrechterhaltung des 15. Amendements zur Konstitution dar, wenn man die konstituierende Thatsache erwägt, dass die angeblich diesem Zwecke dienenden Maßregeln der Regierung augenscheinlich auf Einschüchterung in der entgegengesetzten Richtung berechnet waren, da der Rulenz-Schrecken, durch den massenhaften Absall der Farbigen selbst von der sie "beschäftigen" Partei, Elgen gestrafft worden ist. Unter diesen Umständen macht die Erwähnung der Botschaft, "bei der Diskussion der südlichen Fragen vor allem Billigkeit walten zu lassen", nur den Eindruck widerwärtiger Scheinbilligkeit. Dem gleichen Schicksal entgehen kann das, was in der Botschaft über die gegen die Indianer beobachtete "Friedenspolitik" bemerklich ist, welche dem bekannten Fortbestehen erfolgreicher Aufreuter-Krieg und der Thatsache gegenüber, dass die mit der "Friedenspolitik" betrauten Indianer-Kommissare in Folge ihrer erkauften Machtlosigkeit gegen diese Eliten sich zur Niederlegung ihres Amtes entschlossen, mit keinem anderen Namen als dem des Humbug belegt werden kann.

Lokales und Provinzielles.

Wosen, 31. Dezember:

r. Bei den Wahlen zur Handelskammer an Stelle der 6 ausscheidenden Mitglieder: Kaufmann B. Andersch, Stadtrath Annus, Kaufmann Sel. Auerbach, Kaufmann Tob. Friedmann, Kaufmann Heinr. Herz, Kaufmann Wilhelm Kantowicz erhielten gestern Stimmen: Kaufmann Andersch 122, Kaufmann Sel. Auerbach 123, Stadtrath Annus 122, Kaufmann Heinr. Herz 87, Kaufmann Wilh. Kantowicz 119, Kaufmann Tob. Friedmann 50, Kaufmann Mor. Viktor 31, Kaufmann Sam. Schalans 32, Kaufmann Lissowski 1, Kaufmann A. Czapski 1, Bankdirektor Dr. Samiec 1, Professor Szafariewicz 1 Stimme. Da die Anzahl der abgegebener Stimmen

Wasser. Ein Tümer gewöhnlicher Temperatur auf 18 Grad R. gebracht werden. Zoben welche hier mit einem solchen Ofen angefeuert werden sind, haben ergeben, daß zur Erwärmung der 15 Tümer Wasser bis auf 30 Grad R. 12½ Pfund Steinkohlen Werte von 1 Gr. 9 Pf. erforderlich waren, daß aber die Verdampfung des Wassers sehr langsam erfolgte. Während ein gewöhnlicher Badeofen das Badezimmer fast lädt und das Wasser rasch erwärmt, ist beim Coburischen Badeofen das Umgekehrte der Fall. wegen des langen Heizens wird das Zimmer sehr warm, während das Wasser sehr langsam erwärmt wird. Der Preis eines Coburischen Badeofens ist ein verhältnismäßig geringer: 20 Thlr., während ein gewöhnlicher Badeofen mit kupferner Heizvorrichtung bedeutend teurer zu stehen kommt. Ein anderer, in neuerer Zeit vielfach angewandter Badeofen besteht aus einem röhrenförmig gestalteten Mantel aus Blech mit doppelten Wänden, in den das kalte Wasser aus der Badewanne von unten eintritt, von oben dagegen erwärmt in die Badewanne abfließt, indem sich die Feuerung innerhalb des Mantels befindet. Es werden darauf Mittheilungen über die Verbrennung von Fäkalstoffen zur Heizung gemacht. Dr. Petri in Berlin verarbeitet die Fäkalstoffe zu Brennmaterial; doch ist die Doseinfektion dieser Stoffe dabei die Hauptfahrt, die Produktion von Brennmaterial Nebenkosten. Sein Verfahren beruht im Allgemeinen darauf, daß die Fäkalstoffe sofort im frischen Zustande mit Torf oder Braunkohlenasche oder, wie in der Vorzüglichen Fabrik zu Moabit, mit Kohlegrus (Körse) gemischt, durch Zutropfen eines Pulvers und einer Flüssigkeit vollkommen geruchslos gemacht, und als dann aus diesem Gemenge durch starke Pressung Fäkalsteine geformt werden. In Fabriken, wo es erforderliche Material zum Mischen mit der frischen Fäkalmasse, sowie die Betriebskraft dazu, sowie zum Preissen der Fäkalsteine vorhanden ist, mag demnach das Petrische Verfahren ganz gut onnenbar sein. Jedenfalls erscheint die Verwendung der Fäkalstoffe zur Erzeugung von Brennmaterial vortheilhafter als die Verwendung zur Gewinnung von festen Dungstoffen (Boudre) da die Fäkalmassen einen viel zu gerinzen Gehalt an Phosphorsäure und Stickstoff besitzen, als daß die Verbrennung des sehr bedeutenden Wassergehalts (75 pCt.) lohnend sein würde. Doch ist auch bei der Erzeugung von Fäkalsteinen daran festzuhalten, daß diese nur als Nebenprodukt, als Abfall zu betrachten sind, die Hauptfahrt dagegen die Desinfektion der Fäkalstoffe bleibt, und daß die Fäkalsteine als Brennmaterial viel zu teuer zu stehen kommen, als daß ihre Erzeugung ohne jene Hauptfahrt lohnend sein würde. — In Bezug auf die Art und Weise, wie Holzkohlen-Briketts befußt der Ausdruck nun von Wohnzimmern in Neubauten wirken, wurde im Anschluß an die Erfahrungen, welche bereits früher über diesen Gegenstand stattgefunden, darauf hingewiesen, daß das Wasser in festem Mörtel in zwei verschiedenen Formen enthalten sei, als mechanisch gebundenes und als chemisch gebundenes Wasser, und daß das erstere durch Wärme, letzteres aber auch bei gewöhnlicher Temperatur durch die in der Luft enthaltene Kohlensäure ausgetrieben werde. Indem man nun von der Ansicht ausgeht, daß zu frühzeitig bezogene Wohnungen vorzimlich dadurch feucht werden und ungeeignet seien, daß die von den Bewohnern ausgewählte Kohlensäure das Hydratwasser (chemisch gebundene Wasser) ausgetrieben werde, verbrennt man in denartigen Räumen bei geschlossenen Thüren und Fenstern zuvor Holzkohlen, Koals oder Holzkohlenbriketts, um die dabei entwickelte Kohlensäure auf den frischen Mörtel wirken zu lassen. Aus Versuchen jedoch, welche Wolters angefertigt hat, geht hervor, daß feuchter Mörtel sehr wenig porös ist, und nur in dem Maße Kohlensäure anzieht, als er Gelegenheit hat, auszutrocknen. Um deswegen Neubauten schnell bewohnbar zu machen, muß vor Allem das mechanisch gebundene Wasser durch anhaltendes Heizen bei geöffneten Fenstern und Thüren aus dem Mörtel entfernt werden; in dem Grade, wie das mechanisch gebundene Wasser verdunstet, wird der Mörtel poröser, zieht aus der, in Folge der natürlichen Ventilation ihm durchdringenden Luftfeuchtigkeit ausgetrocknet, und läßt sein Hydratwasser. Wenn in nicht gebündig bezogenen Wohnungen die zu frühzeitig bezogenen werden, die Wände feuchtigkeit Menge feucht wird, die Feuchtigkeitssabre in Folge des Schließens von Fenstern und Thüren schwer entweichen kann, und sich demnach an den kalten und feuchten Wänden, die überdies keine natürliche Ventilation gestatten, niederschlägt. Zahlreiche Mörteluntersuchungen, welche neuerdings in München beobachtet wurden, haben gleichfalls zur Evidenz ergeben, daß das chemisch gebundene Wasser aus dem Mörtel nur in demselben Maße entweicht, wie das mechanisch gebundene. Mauerputz, welcher ¼ Jahr alt war, enthielt im Erdgeschosse eines Neubaus 91 pCt. mechanisch gebundenes, 0,35 pCt. chemisch gebundenes Wasser und letzteres entwich im Laufe der Monate nur in geringem Maße, wie das erste. In einer gefunden Wohnung darf der Mörtel in den Wänden höchstens 1 pCt. Wasser enthalten.

Die israelitische Kranken-Verpflegungs- und Beerdigungs-Gesellschaft hielt hier am 28. d. M. wie alljährlich, seine Festfeier ab. Das Statut der Gesellschaft, welches unter dem 26. November 1872 vom Oberpräsidenten bestätigt worden ist, sagt über diese Festfeier folgendes: „Für die ordentlichen Mitglieder, die unwillentlich einer Bernachlässigung ihrer Pflichten sich schuldig gemacht bei der Krankenpflege und beim Dahinscheiden und Bestatten der Todten, ferner auch, um unter einander das Andenken der heimgegangenen Mitglieder zu erhalten, ebenso um die gegenwärtige Annäherung der Mitglieder zu bewirken u. wird alljährlich der Tag Bet. Schemos (28. Dezember) zu einem Fuß-, Bet-, und Erinnerungstage bestimmt, der mit Gebet und Feierlichkeit begonnen und ebenso geschlossen wird. Am Morgen versammeln sich die ordentlichen Mitglieder zu gemeinschaftlicher Buße und zum Gebete und fasten den ganzen Tag. Eine Stunde nach verrichteter Abendgebet versammeln sich die Mitglieder zum gemeinschaftlichen Festmahl, das von dem Vorstande veranstaltet wird.“ Dieses Festmahl fand nun Montag Abends im Reiter'schen Saale statt. Da die Gesellschaft ca. 1100 Mitglieder zählt, und demnach unmöglich alle Mitglieder an dem Festmahl Theil nehmen können, so werden alljährlich 100 als Fest-Theilnehmer ausgelost; außerdem erhalten vom Vorstande Einladungen die Rabbiner, die Repräsentanten und Gemeinde-Vorsteher der Körporation und die Ehrendamen. Nachdem die ca. 150 Fest-Theilnehmer sich zum Mahle niedergelassen, und dasselbe begonnen hatten, begrüßte der Vorstende der Gesellschaft Kaufmann Moritz Eichhorn die Festgenossen, hieß sie willkommen, und gab ihnen eine Übersicht über die finanziellen Bauten und die Wirklichkeit der Gesellschaft während des abgelaufenen Geschäftsjahres. Danach betrat der Referent Ende 1873 ca. 0,500 Thlr., und wird sich pro 1874 durch Einnahme-Ueberschüsse um 70 und durch Legate um 400 Thlr. vermehren. Nach dem Willen eines jüdischen Krankenhauses benutzt werden. Was die Gesellschaft betrifft, so haben 51 ordentliche Mitglieder Jahre 105 Nachtwachen bei Kranken persönlich abgelegt, von ihnen bei der Beerdigung von 39 männlichen Friedhofstätigkeiten; außerdem haben die Männer und Friedländer 43 männliche Kinderleichen beaufsichtigt und zugleich den Wunsch aus, daß dieses gute Beispiel recht viele Nachahmung unter den übrigen Mitgliedern finde möge. Die Gesellschaft besoldete seiner 6 Krankenpfleger und 4 Krankenpflegerinnen, von denen die Ersteren 511 Nächte und 310 Tage, die Letzteren 23 Nächte und 155 Tage in Anspruch genommen wurden. Was die weibliche Krankenpflege und Leichenbestattung betrifft, so hat das vor zwei Jahren gegründete Institut der Ehrendamen, deren Zahl 6 beträgt, sich vorzüglich bewährt, indem die Eltern der Pflege armer Wöchnerinnen und der Kontrolle über die in die Kath'sche Anstalt aufgenommenen Hospitalitäten und Hospitalitäten mit vielem Erfolg wiederten. Die 4 Ehrendamen (Gabbetes) haben während des abgelaufenen Jahres 39 weibliche Leichen und 14 weibliche Kindesleichen bestattet. Nach diesem Berichte hielt der Gemeinde-Rabbiner Dr. Feilchenfeld an die Festgenossen eine Ansprache, in der er auf die Heiligkeit des Instituts und auf die edlen Ziele der Gesellschaft hinwies. Bankier Dr. Nahmer brachte abschließend einen Toast auf Dr.

Felschenfeld auf, während Kaufmann Jakobstamm auf das ordentliche Mitglied Elsig Namm, welches gerade an diesem Tage vor 50 Jahren in die Gesellschaft eingetreten war, toastete. Es folgten alsdann noch mehrere Toaste: von Kaufmann Sal. Talvay auf die Ehrendamen, von Kaufmann Manasse Werner auf den Vorstand, von Dr. Nahmer im Auftrage der Ehrendamen auf den Vorsitzenden, Kaufmann Moritz Eichhorn. Die schöne Festfeier, welche 7½ Uhr Abends begonnen, erreichte 1 Uhr Nachts ihr Ende.

Nachdem der Schlafwagen (sleeping car), welchen die bekannte belgische Gesellschaft für die Bahn der Ostbahn geliefert hatte, vor Kurzem abgebrannt und die fernere Benutzung dieser Wagen unterfangen worden ist, lädt, wie die „T. ib.“ hört, gegenwärtig die Direction der Königl. Ostbahn auf ihre eigenen Kosten Schlafwagen erster Klasse bauen. Die Konstruktion derselben ist der Art, daß sich durch Druck an einer Feder die hintere Wand des Sitzes quer herüber niedergestellt und so die Lagerstätte bildet, welche durch hinzucommende Matratze und Decke vervollständigt wird; letztere Gegenstände, sowie alle Toilettenrequisiten befinden sich in den durch das Heraufstellen der Rücklehne geöffneten Wand, so daß alle für eine Reise wünschenswerthe Bequemlichkeiten im Wagen vorhanden sind. Die Schaffner werden natürlich angewiesen, das Lager, je nachdem man davon Gebrauch zu machen wünscht, herzurichten resp. den Sitz wieder herzustellen. Die Direction gibt zu gleicher Zeit mit der Absicht um, die Abend-Courirzüge, in welchen diese Wagen zuerst Verwendung finden sollen, in Tagezüge mit nur 1. Klasse umzugeschaffen, die, analog der Einrichtung auf der Lehrter Bahn nur auf den hervorragenderen Stationen Halt machen solln.

Die Ziehung der 1. Klasse 151. königlich preußischer Klassen-Lotterie wird nach planmäßiger Bezeichnung am 6. Januar 1. J. früh 8 Uhr, ihren Anfang nehmen.

X Auf der Station Amsee, der letzten Station vor Inowrazlaw (Posen-Bromberg-Eisenbahn) ereignete sich gestern Mittag ein tragischer Unglücksfall, indem der Lokomotivführer beim Hinaufsteigen auf die Maschine, während der Zug sich in Bewegung setzte, herunterfiel und unter den Packwagen geriet. Derselbe ging dem Unglücksfälle über die Brust, so daß er binnen kurzem seinen Geist aufgab. Der Verunglückte, Namens Mietzbauer, zu St. Lazarus bei Posen wohnhaft, hinterläßt eine Frau und ein Kind.

✓ Mizhandlung. Am 28. d. M. wurde eine Frau auf dem Alten Markt ohne jede Veranlassung durch einen Böttchergesellen in arger Weise durch Faustschläge gemitschandelt.

Diebstähle. Einem Spediteur wurde von seinem auf der Gr. Gerberstraße haltenden Rollwagen ein Colli Waren, ges. H. Nr. 1548, einem hiesigen Kaufmann gehörig, gestohlen. Das Colli enthält 2 Stück Leinen, 1 Stück Patchen, 1 Dutzend Tücher, 1 Stück gestreiften Seuges u. c. Gefangen wurde gestern Abend einem auf der Mühlstraße wohnenden Arbeiter ein Schafspelz.

△ Samter. Gestern tagte hier der Kreistag, um für den Ausbau der am 17. Mai 1867 beschlossenen 10½ Meilen, für welche bis dahin die bewilligten 200,000 Thaler glücklich verbraucht sind, noch weitere 100,000 Thaler zu bewilligen, da noch über 3 Meilen, namentlich die einzige grade Linie von Pinne nach Wrone unvollendet sind, und trotz des Voranschlags von damals auf 30 000 Thlr. der Kreishauptmann Hiett behauptet, die Meile Chaussee nicht unter 50,000 Thaler herstellen zu können, eine Summe, die nach Ansicht des Landrats von Kuhloch genügen würde, um sämmtliche Wege und Straßen des Kreises in fahrbaren Zustand zu versezten und zu erhalten. Die ungünstigen Künstrassen, auf denen teilweise Gras wächst, die sich wie Schlangenlinien zwischen zwei Orten krümzend ziehen, haben den Kreis in eine Schulde von 300,000 Thlr. gestützt, so daß die Kommunal-Ahnen schon fast die Staatsabgaben überstehen, und doch erklärt die Regierung im Jahre 1867 durch ihren Kommissarius, den jetzigen Direktor der Nordbahn, Rechnungsrath Schid: „Wenn Ihr Kreistände die Chausseen nicht so bauen wollt, wie wir sie haben wollen, dann bekommt Ihr weder Zuschuß noch Genehmigung.“ Der Kreistag verlangte nämlich, daß die Städte der Kreise auf dem gewöhnlichen Wege unter sich verbünden würden, während die Regierung im stattdessen Interesse die Verbindung der königlichen Domänen unter sich bauprädeständig ins Auge setzte und einzelne polnische Gutsbesitzer für ihre Privatinteressen eine erfolgreiche Agitation durch die beliebte „polnische Manipulation mit Böllmachten“ in Scene zu bringen wünschten. So führt im meiste weiteren Umkreis jetzt eine Chaussee von Samter über das Dominium Lipnica nach Wrone, während wenn man die fast grade Linie von Samter über Scharenfort nach Wrone gebaut hätte, drei Städte fast auf dem gradesten Wege mit einander verbunden und 30,000 Thlr. erspart worden wären. Über der Besitzer von Lipnica erschien auf dem damaligen Kreistage mit einer Tasche voll Böllmachten, das Schid der Chaussee war entzweien und die etwas über eine Meile von Samter belegene Stadt Scharenfort ist heutzutage noch ohne eine chausste Verbindung mit Samter. Gestern spielte sich eine ähnliche Komödie ab, welche den Werth unserer alten Kreisordnung so recht zu illustrieren vermag. Nachdem die Rittergutsbesitzer Lehmann und Hundt von Hassell, unterstützt durch den Abgeordneten Lubinski sich erschöpft hatten, die Systemlosigkeit, Kostspieligkeit, Langsamkeit und Unbrauchbarkeit der jetzigen Begebauungsmethode auseinanderzusetzen, die Majorität gegen den Bau kostspieliger Kunstrassen, und für den Bau chausseirer Fachstrassen, wie wir sie am Rhein und in Frankreich überall haben, gefischt erschien, sofern 4 der anwesenden Herren der eine 6, die übrigen je 3 Böllmachten aus der Tasche und die Bewilligung der 100,000 Thaler neuer Schulden war gegeben, die Minorität verwandelte sich in eine Majorität von 25 zu 17 Stimmen. Dieser Missbrauch des Stellvertretungsbrechtes war selbst dem polnischen Mitgliede des Abgeordnetenbanus zu stark und er vereinigte sich dem anwesenden deutschen Mitgliede in der Ueberzeugung: es geht absonder nicht mehr mit der alten Kreisordnung, die besten Gründe helfen nicht, ein einiges Kreistagsmitglied kommt mit dem Todtschläger 6 Böllmachten, und jede minderliche Einwirkung auf den Kreis, bei dieser Zusammensetzung und Willkür unmöglich. Die Städte und Gemeinden nehmen zu, wann kommt bald eine Umkehr zum Bessern?

Staats- und Volkswirthschaft.

**** Breslau.** 30. Dezember. In der heutigen Generalversammlung der Diskontobank Friedenthal u. Comp. wurde beschlossen, das Kommanditkapital von 7½ auf 6½ Millionen zu reduzieren. Die Beantwortung einer Interpellation betraf der Fusion mit der Commerzbank wurde abgelehnt, weil bisher weder darauf bezügliche Thatsachen noch bestimmte Beschlüsse erzielt wurden.

**** Dortmund.** 29. Dezember. Der „Westfälischen Zeitung“ zufolge waren in der heutigen Generalversammlung der Dortmunder Union 42 Aktionäre zugegen, welche 568 Stimmen und 11,968 Aktien repräsentierten. Nach Vorlage des bereits bekannten Berichts über die Geschäftperiode vom 1. Juli 1873 bis zum 30. Juni 1874 und der Bilanz pro 30. Juni 1874 beantragte der Verwaltungsrath die Unterblanz von 1,488,474 Thlr. durch die Emission 8 Prozent. Stammkapital zum Betrage von 5 Millionen, durch Zusammenlegung der Aktien im Verhältniß von 3 zu 2 und durch Dezentralisation der Verwaltung zu befestigen. Die Entscheidung über diese Vorschläge wurde einer baldigst einzuberuhenden außerordentlichen Generalversammlung vorbehalten. Bei den darauf folgenden Wahlen für den Verwaltungsrath wurden zu Mitgliedern desselben Baumeister Lent, Senator Leicher, Grubendirektor Böker, Lindemann in Essen, Miguel, Gustav Hansemann, Staatsminister a. D. v. Bernuth und Albert Oppenheim gewählt.

**** Wien.** 30. Dezbr. Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahn betrugen in der Woche vom 16. bis 23. Dezember 168,517 fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahrs eine Mindereinnahme von 31,181 fl. — Wocheneinnahme der Linie Neuwaldegg-Sindbad 15,505 fl. — Wocheneinnahme 365 fl. — Wocheneinnahme der Linie Salzburg-Hallein 1702 fl. — Mindereinnahme

641 fl. — Wocheneinnahme

Mindereinnahme 133 fl.

Hallein 1702 fl. — Mindereinnahme

Linie Steinendorf-Braunau 1572.

** Wien, 30. Dezember. Wocheneinnahme

Kostenlauf 293,174,880,

Metallwaren 139,157,950, fl.

In Metall zahlbare

Wechsel 4,475,541, Abnahme

Staatsnoten, welche

der Bank gehören 3,165,199, Abnahme 1,324, viv.

Wechsel 142,193,804, Zunahme 1,607,228.

Lombard 35,497,500, Zunahme 134,700.

Eingelöste und hör-

senmäßig ange-

laufte Pfandbriefe 3,435,266, Abnahme 90,467.

** Von der Brüsseler Münze.

Nicht allein die deutlichen

Bronz- und Zinn-Münzen verfallen in Brüssel dem Scheitelpiegel,

um dann als Branzet-Franzenstück wieder auftauchen und jindern

Abgüsse in den Kellern der Bank von Frankreich eine prächtige

Rarität zu finden. Im Laufe dieses Jahres sind in der Brüs-

seler Münzstätte in 20 Frankenstücke umgewandelt worden: 1) russische

Imperiale im Werthe von 25,270,238 Fr.; 2) Goldmünzen

verschiedener Staaten, besonders aus Hamburg, im Werthe von 14,778,029

Francs; 3) japanisches Gold im Werthe von 88,8,723 Fr.; 4) deut-

sch-reichsches Goldmarkstück im Werthe von 4,100,160 Fr.; 5) Dollars und

Eagles im Werthe von 3,042,760 Fr.; 6) Barren und Goldklüppen aus aller Herren Ländern im Gesamtbetrag von 59,459,388 Fr. Unsere Markgoldstücke nehmen hier nach die vierte Stelle in der Reihe

solche der qualifizirten Beiträge ein.

** Petersburg, 30. Dezember. Die diesjährige Goldaus-

heute in Sibirien übersteigt den vorjährigen Extrat um mehr als

100 Bud.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

Angekommene Fremde vom 31. Dezember.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Die Mittergutsbesitzer Baron

Hundt v. Hassell a. Berlin u. Niemann a. Breslau, Direktor Oberholz

a. Breslau, Agentur Koch a. Berlin, Kaufmann a. Breslau

MYLIUS HOTEL DE DRESDEN. Die Kaufleute Weichelska

u. Reps a. Berlin, Stanke a. Dresden u. Freile a. Neuburg, Bau-

mäster Goldstein a. Breslau, Kreidricher Koch a. Schwerin, Fabrikant Damelowski a. Berlin.

BUCKOW'S HOTEL DE EUROPE. Die Kaufleute Buchholz a.

Stralsund u. Dersle a. Stargard, die Mittergutsbesitzer v. Sulzsch

a. Chomiazo u. Runge a. Nakel, die Gutsbesitzer Ruscher a. Niemcy

u. Stachowski a. Polen.

HOTEL DE BERLIN. Die Gutsbesitzer Berbst a. Jerzykowo

